

Der Ausschussvorsitzende begrüßte Herrn Ahlefeld.

Frau Härig stellte eine Frage bezgl. des Mehr-Generationen-Platzes innerhalb der Anlage.

Herr Ahlefeld bestätigte, dass dieser Platz Möglichkeiten des Spielens und der Ruhe bieten soll. Im Einvernehmen mit der Verwaltung sei entschieden worden, weniger Spielgeräte für Kleinstkinder zu installieren.

Eine Nachfrage zu den Parkplätzen wurde von Herrn Ahlefeld dahingehend beantwortet, dass für die im 1. Bauabschnitt geplanten sechsvierzig Wohneinheiten fünfzig Tiefgaragen-Stellplätze vorgesehen sind mit einer Breite 2,70 bis 3,80 m. Fünf hiervon seien behindertengerecht. Entlang der Klosterstraße können weitere sieben Stellplätze angeordnet werden. Für die Anlage insgesamt seien elf Besucherparkplätze vorgesehen.

Zum Entwurf des Durchführungsvertrages machte Herr Züll vier Anregungen bzw. stellte Fragen, die von Herrn Ahlefeld wie folgt beantwortet wurden:

Grundsätzlich seien die Wohneinheiten barrierefrei vorgesehen, Einzelheiten sollen im Einvernehmen mit den Nutzern entschieden werden. Bedingt durch die Größe der Tiefgarage würde es zwangsläufig ein Bauantragsverfahren geben. Für jede Wohnung sei in der Teilungserklärung ein Stellplatz zugewiesen, so würden die Wohnungen auch verkauft.

Bezüglich der Ausgleichsmaßnahmen habe man erreicht, dass diese auf einem Grundstück der Steyler Missionare in der Nähe des Kumpel-Ariales vorzusehen sind. Nur für den Fall der Nichtdurchführung sei eine Ausgleichszahlung vorgesehen.

Herr Gleß machte den Vorschlag, § 10 Abs. 4 des Vertrages wie folgt zu ergänzen, und zwar an den letzten Satz, der mit den Worten endet, „... an den Landesbetrieb Wald und Holz zu leisten.“ noch folgenden Satz anzuhängen: „oder an einer anderen Stelle des Stadtgebietes eine Ausgleichsmaßnahme realisiert werden muss.“

Die Nachfrage von Herrn Günther, ob das Verkehrsgutachten auch einen dritten Bauabschnitt berücksichtige, wurde von Herr Gleß dahingehend beantwortet, dass in diesem Verfahren ein dritter Bauabschnitt nicht vorgesehen ist; hierfür gebe es momentan auch kein Planungsrecht.

Danach ließ der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.